



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

## Pressemitteilung:

### Bundesumweltministerin Schulze und

### Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski bei Bremer Projekt

### „Praktischer Klimaschutz im Alltag“

**Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski kam die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze, heute nach Bremen. Mit einem Elektrofahrzeug des Carsharing-Unternehmens Cambio fahren die Sozialdemokratinnen zum NABU Landesverband Bremen. Dort tauschten sie sich mit Vorstandsmitgliedern über das vom Bund geförderte Projekt „Praktischer Klimaschutz im Alltag“ aus.**

Sarah Ryglewski: „Klimaschutz und soziale Verantwortung gehören zusammen. Wir sind in der Pflicht, auch kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten. Deshalb muss der Klimaschutz an Fahrt gewinnen. Die Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens müssen eingehalten werden. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht, das jedes Ministerium in die Pflicht nimmt, eigene verbindliche Ziele zur Einsparung von CO2 festzulegen. Insbesondere die unionsgeführten Ressorts Verkehr, Wirtschaft, Bau und Landwirtschaft sind nun endlich gefordert, ein Konzept vorzulegen, damit die Klimaschutzziele noch erreicht werden können. Jüngst legte die sogenannte Kohlekommission, der auch der ehemalige SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck vorsitzt und die als Vorbild für die Auflösung von Interessensgegensätzen bei Klima und Naturschutz angesehen werden kann, den Ausstieg der Kohleverstromung bis 2038 fest. Darüber hinaus hat die SPD das Klimakabinett ins Leben gerufen, dass am 10. April seine Arbeit aufgenommen hat. Moderner Klimaschutz kann ein Treiber für Innovationen und Investitionen sein und zur Modernisierung der Industrie beitragen.

Neben politischen Entscheidungen brauchen wir für den Klimaschutz aber auch einen Bewusstseinswandel und konkretes Handeln vor Ort. Projekte wie ‚Praktischer Klimaschutz im Alltag‘ des NABU Landesverbands Bremen zeigen, dass jeder Einzelne ökologische Verantwortung übernehmen und etwas zum Klimaschutz beitragen kann und auch muss. Über die Urban-Farming-Genossenschaft wird aber nicht nur der ökologische Gedanke bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestärkt, sondern auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft. Menschen lernen sich kennen, die Älteren vermitteln den Jüngeren beispielsweise ihre Methoden des Gärtnerns. Das Projekt ist ein gutes Beispiel für einen gelungenen Mehrgenerationenaustausch, bei dem sich Bremerinnen und Bremer für eine gesunde und saubere Zukunft unserer Stadt einsetzen und gleichzeitig das soziale Klima im Quartier verbessern.

Das Carsharing- Unternehmen Cambio setzt beim Thema Klimaschutz auf moderne Technologie. E-Fahrzeuge sind eine gute Alternative, um CO2 und Lärm im Stadtverkehr zu vermeiden. Alle Bremerinnen und Bremer können so von sauberer Luft und weniger Verkehrslärm profitieren.“



**Sarah Ryglewski**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

### **Informationen zum Projekt „Praktischer Klimaschutz im Alltag“**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) fördert Projekte, die klimafreundliche und nachhaltige Lebensstile im Alltag in städtischen Quartieren und Nachbarschaften entwickeln und etablieren. Das Projekt „Praktischer Klimaschutz im Alltag“ läuft vom 1.1.2018 bis 31.12.2019. Die Verlängerung ist bereits beantragt. Es wird mit 230.472 Euro vom Bund gefördert. Die Schwerpunkte sind gemeinsames Gärtnern, Anbauen und Ernten in der Urban-Farming-Genossenschaft und die Vermittlung von Methoden des Haltbarmachens und Einkochens. Ältere geben dabei ihr Wissen an Kinder weiter. Des Weiteren entsteht über das Projekt ein Nahwärmenetz mit rein regenerativen Energien.

### **Klimaschutzgesetz**

Das BMU hat im Februar 2019 den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes erstellt. Ziel ist es, die gemeinsam vereinbarten Klimaschutzziele einzuhalten. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Bereiche (zum Beispiel Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Energie, Gebäude) ein festes Einsparziel und jährlich sinkende Jahresemissionsmengen zugewiesen bekommen sollen. Jedes Ministerium entscheidet in eigener Verantwortung, welche Maßnahmen es vorschlagen wird, um die erforderlichen Einsparungen zu erreichen. Wird das Ziel verfehlt, soll mit einem Sofortprogramm umgesteuert werden.

Der Entwurf für ein Klimaschutzgesetz liegt vor und muss nun zügig beschlossen und ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

03.05.2019